

09.01.2015 bis 10.01.2015, bundesweit

Pegida-Anführer operierten mit Hitler-Zitaten und rassistischen Parolen

spiegel, 09.01.2015

Pegida-Anführer operierten mit Hitler-Zitaten und rassistischen Parolen

Organisatoren der islamfeindlichen Bewegung "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) haben von Beginn an rassistische Parolen und Hitler-Zitate eingesetzt, um Anhänger zu mobilisieren. Das meldet das Hamburger Nachrichten- Magazin DER SPIEGEL, das Einblick in eine geschlossene Facebook-Gruppe von Pegida nehmen konnte.

Siegfried Däbritz, der zum zehnköpfigen Organisationsteam von Pegida gehört, beschimpfte Muslime als "mohammedanische Kamelwämser" oder "Schluchtenscheißer". Über die Kurden, die sich dem Terror des "Islamischen Staates" widersetzen, schrieb er auf Facebook: "Sie sind genauso eine große Gefahr für das zivilisierte Europa / Deutschland wie alle anderen Strömungen innerhalb der Mohammedaner." Däbritz war zuvor Mitglied der FDP und saß in seiner Heimatstadt Meißen im Vorstand der Liberalen.

Thomas Tallacker, ebenfalls Mitglied im Organisationsteam, hetzte bereits im Sommer 2013 auf Facebook gegen Asylbewerber: "Was wollen wir mit dem zu 90 % ungebildeten Pack was hier nur Hartz 4 kassiert und unseren Sozialstaat ausblutet." Nach Berichten über eine Messerstecherei an einem Badensee mutmaßte er: "Bestimmt wieder ein in seiner Entwicklung gestörter oder halbverhungertes Ramadan Türke." Tallacker war Stadtrat der CDU in Meißen, bis ihn seine Partei dazu drängte, dieses Mandat niederzulegen. Däbritz und Tallacker wollten Anfragen des SPIEGEL nicht beantworten.

Wie die internen Facebook-Diskussionen zeigen, stritt die Gruppe in der Anfangszeit über ihren Namen. Ursprünglich sollte Pegida "Friedliche Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" heißen. Damit waren manche unzufrieden. Einer kritisierte: "Ich finde den Namen viel zu nett und gutmenschenfraktionskompatibel. Haben wir das nötig?? Warum muss unbedingt friedliebend rein? Europäer? Ich bin deutscher... NATIONAL ist das Wort."

Was die Demonstranten von „Pegida“ eigentlich wollen

faz, 09.01.2015, UTA RASCHE

Jeden Montag demonstrieren Menschen in Dresden. Ihre Gruppe nennen sie „Pegida“. Was bedeutet das Wort, und welches Anliegen, welche Forderungen, welche Geschichte haben die Demonstranten?

In Dresden gehen Montag für Montag Tausende Menschen auf die Straße, weil sie dagegen sind, dass in Deutschland muslimische Ausländer leben. Seit fast drei Monaten geht das schon so. Auch die Kälte hält sie nicht davon ab. Am ersten Montag im Neuen Jahr waren es so viele wie noch nie: 18.000 Demonstranten. Dabei gibt es in Dresden weniger Ausländer und viel weniger Muslime als in anderen großen Städten. Das ist auch schon das Eigenartigste: Dort, wo die wenigsten Muslime leben, demonstrieren die meisten Menschen gegen sie. Offenbar haben sie Angst vor Fremden, die sie kaum kennen.

„Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ nennt sich die Gruppe, die die

Demonstrationen organisiert - abgekürzt „Pegida“. Mit dem Wort „patriotisch“ wollen sie sagen, dass sie ihre Heimat lieben, also Deutschland. „Islamisierung“ heißt, dass Einwanderer die Kultur hier so sehr verändern könnten, dass man sich hier fühlen würde wie in einem islamischen Staat – dass es also etwa mehr Moscheen geben könnte als Kirchen, dass Frauen nur noch verschleiert auf die Straße gehen oder aber die religiösen Gesetze des Islams gelten. Dazu wird es aber hier nicht kommen. Es ist eine ziemlich übertriebene Angst. „Abendland“ ist ein Ausdruck für das christliche Westeuropa, die „Pegida“-Leute meinen damit aber vor allem Deutschland.

Eigenartig ist auch, dass die Demonstranten „Nulltoleranz gegen kriminelle Ausländer“ fordern. Dabei ist einer der Gründer der „Pegida“-Bewegung selbst ein Krimineller; er saß wegen Einbrüchen und Drogen schon zwei Jahre lang im Gefängnis. Die „Pegida“-Leute meinen, dass Ausländer, die zum Beispiel stehlen oder betrügen, zügig und hart bestraft werden sollen. In Deutschland gelten aber gleiche Gesetze für alle, egal, ob sie Ausländer sind oder Einheimische. Polizei und Gerichte dürfen niemanden wegen seiner Herkunft benachteiligen. Die „Pegida“-Leute meinen aber offenbar, dass Ausländer vor Gericht manchmal zu gut wegkommen. Dafür gibt es keine Belege.

Angst vor Veränderungen

Auch in anderen Städten gibt es inzwischen ähnliche Demonstrationen. Zum Beispiel in Köln, wo viel mehr Muslime leben als in Dresden. Diese Demonstrationen hatten aber alle längst nicht solchen Zulauf wie die in Dresden. In Köln gab es auch ein pfißiges Zeichen des Protestes gegen „Pegida“: Der Chef des Kölner Doms hatte entschieden, dass am Abend der Demonstration das Licht im und um den Kölner Dom ausgeschaltet wird. Statt der mächtigen alten Kirche, die die „Pegida“-Leute als Bühnenbild für sich nutzen wollten, sah man nur schwarz. Anderswo hat ein Pfarrer von der Weihnatskrippe in seiner Kirche alle Figuren entfernt, bis auf Ochs und Esel. Denn er meinte: ohne Flüchtlinge, Juden, Syrer, Aramäer und ohne die drei Weisen aus dem Morgenland hätte die ganze Weihnatsgeschichte nicht stattfinden können. Die Kirche macht mit diesen Zeichen deutlich, dass sie Ausländerfeindlichkeit unchristlich findet.

Viele denken, dass die „Pegida“-Demonstranten Angst vor vielen anderen Dingen haben, nicht nur vor der angeblichen „Islamisierung“. Etwa davor, ihren Job zu verlieren. Oder dass ihre Rente eines Tages zu niedrig sein wird. Oder dass das Geld weniger wert wird und ihre Ersparnisse nicht ausreichen. In Ostdeutschland sind auch fast 25 Jahre nach der Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands die Löhne niedriger als im Westen (die Renten aber nicht). Die Arbeitslosigkeit ist in den östlichen Bundesländern mit etwa elf Prozent deutlich höher als in den westlichen Länder. Da liegt sie bei knapp sieben Prozent. Die Menschen in den östlichen Bundesländern haben mit dem Zusammenbruch der DDR einmal erlebt, wie sich ihre Lebensverhältnisse komplett verändert haben. Das war für viele schwer. Vielleicht haben sie deshalb Angst vor weiteren Veränderungen. Und tatsächlich verändert sich ja unser Land dadurch, dass zur Zeit viele Flüchtlinge zu uns kommen.

180.000 Asylanträge wurden im vergangenen Jahr in Deutschland gestellt. Das sind so viele wie seit zwanzig Jahren nicht. Viele Städte bauen Heime für die Asylbewerber, das kostet natürlich Geld. Die meisten dieser Asylbewerber sind vor Bürgerkriegen und schlechten Lebensbedingungen in ihrer Heimat geflohen. Viele kamen auf gefährlichen Wegen, manche sind nur knapp dem Tod entronnen. Viele haben gesehen, dass religiöser Wahn zu schlimmer Gewalt führen kann: Etwa in Syrien, wo sich verschiedene muslimische Gruppen bekämpfen, oder im Irak, wo die Krieger der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ Unschuldigen den Kopf abhacken. Diese Flüchtlinge wollen sicher keine „Islamisierung“ Europas, sondern sind gerade froh, dem Einfluss islamischer Extremisten entkommen zu sein.

Mit Reizwäsche gegen Pegida

welt, 09.01.2015, Frédéric Schwilden

Nach Barack Obama und Ursula von der Leyen hat sich die Dessous-Firma Blush in ihrer neuen Werbung Pegida als Gegner ausgesucht. Und wie argumentiert man da am besten? Mit den Waffen einer Frau.

Es liegt eine wunderschöne, eine sehr begehrenswerte Frau in einem Treppenhaus irgendwo in Deutschland. Ihr Mund ist leicht geöffnet, so, dass man die Zähne sehen kann. Sie schaut dem Betrachter in die Augen. Man sieht ihren Oberkörper. Durchsichtiger, fliederfarbener Stoff bedeckt die Brüste. Die Brustwarzen verdecken schwarze Tassles. Über den Schultern liegt ein seidig glänzender Morgenmantel in Dunkelblau. Die Frau trägt Strumpfhalter. Klassische Verführung nach den Maßstäben klassischer, sexuell stimulierender Fantasie, von fast jedem, der klassische Frauen schön findet. Das war vergangenen Dienstag.

An diesem Montag stehen wieder Männer und Frauen auf der Straße. Brr ist das kalt an einem Montag im Januar. Da hat man ja schlechte Laune. Sie nennen sich Pegida – Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. So richtig für Europa sind sie nicht. Wahrscheinlich wissen viele nicht, was das Abendland meint. Jedenfalls sind sie wütend. Sie selbst sagen natürlich, sie seien keine Rechtsradikalen. In Dresden, überall, wo sie auftreten, rufen sie "Wir sind das Volk".

Wie früher die Teilnehmer der Montagsdemonstrationen in der DDR. Aber die Pegida-Anhänger wollen keine Freiheit, sie wollen keine Einheit. Sie wollen Trennung. Ihr "Wir sind das Volk" heißt vor allen Dingen, ihr Flüchtlinge gehört nicht dazu. Ihr Muslime seid nicht erwünscht. Ihr, die Lügenpresse auch nicht, weil ihr uns nicht ernst nehmt.

Kleinert stellt den Stoff her, aus dem Träume sind

Claudia Kleinert steht in ihrem Geschäft in der Rosa-Luxemburg-Straße in Berlin. Sie ist schlank und blond und groß und selbstbewusst. Wie die Frau im Treppenhaus, kann man mit Recht sagen, Claudia Kleinert ist ein Traum aller, die von schönen Frauen träumen. Claudia Kleinert stellt den Stoff her, aus dem genau diese Träume sind.

Claudia Kleinert ist die Frau hinter dem Dessous-Label Blush. Und die Frau im Treppenhaus trägt die von Kleinert entworfenen Dessous und ist Teil einer Werbeanzeige aus dem Internet.

Das hätte man beim Anblick der Frau im Treppenhaus ganz vergessen. Neben ihr steht ein Satz. "Liebe Pegida, Frustration ist heilbar." Zusammen mit der Berliner Werbeagentur Glow hat Kleinert die Pegida-Anzeige für ihre Dessous entwickelt, die sie am sechsten Januar auf Facebook veröffentlicht hat.

"Sex schadet nie bei Frustration"

Nicht zur Freude aller. Facebook sperrte das Bild auf dem offiziellen Account von Blush. Nicht, weil es pornografisch ist oder weil es gegen die Nutzerlinien verstößt, sondern weil Facebook Bilder generell löscht, die von einer notwendigen Anzahl von Nutzern gemeldet werden. In diesem Fall wohl von Pegida-Anhängern, die sich gekränkt und beleidigt gefühlt haben. Darin sind Pegida-Anhänger gut.

Sie sind beleidigt, gekränkt und deswegen so frustriert. Aber eigentlich müssten die Pegida-Anhänger Kleinert danken. Denn die Lösung der Frustration ist gar nicht so schwer. Ein schöner Körper in schönen Dessous, und schon geht es einem besser. "Ich glaube, Sex schadet nie bei Frustration", sagt Kleinert und lacht dabei.

Auf Facebook kommen teils wirre Kommentare. An den genauen Wortlaut kann sie sich nicht mehr erinnern. Weil das Foto gelöscht wurde, sind auch die Kommentare weg. Aber 80 Prozent, schätzt sie, waren von Pegida-Anhängern. Und die restlichen 20 haben der Werbung für Kleinerts Produkt Sexismus unterstellt. 12.000 Leute haben das Bild bis zur Löschung gesehen. Ein guter Schnitt für BH-Werbung. Aufmerksamkeit erregen, das ist die Spezialität von Kleinert.

Sexy Wäsche und harte Politik

Blush hat eine lange Tradition, sexy Wäsche und harte Politik zusammenzuführen. Als bekannt wird, dass die Gewehre der deutschen Bundeswehr nicht richtig funktionieren, zeigt Blush wieder eine in Dessous gekleidete Dame mit dem an Ursula von der Leyen gerichteten Slogan "Liebe Ursula, diese Waffen sind immer einsatzfähig."

Im Zuge des NSA-Skandals bespielen sie eine Plakatwand wieder mit einer grandios aussehenden Frau in Unterwäsche und dem wunderbaren Satz "Dear Barack, is this the reason to keep on spying Berlin?"

Blush verbindet Humor mit forderndem Sexappeal. Doppelbödigter Witz und hochwertige Dessous sind für Kleinert die ideale Kombination. Ihre Kunden sehen das auch so. Es sind selbstbewusste Frauen, die sich gerne auch drunter attraktiv kleiden. Frauen, die nicht frustriert sind. Frauen, die im Leben stehen, und für einen BH 60 Euro und für einen String 40 Euro ausgeben wollen. Klar, dass sich unsere modernen Montagsdemonstranten, die sich als Verlierer sehen (die Flüchtlinge nehmen ihnen Rente, Kekse und die Frauen weg) doppelt vorgeführt vorkommen.

Es gibt eigentlich nichts Demütigeres als mit Humor lächerlich gemacht zu werden. Aber Kleinert und die Agentur Glow setzen noch einen drauf, indem man sich mit dem Humor einer leichtbekleideten Dame, die sich lasziv in einem Treppenhaus räkelt, über die Pegida-Leute lustig macht. Claudia Kleinert ist keine politische Aktivistin, aber sie hat etwas gegen die hohle Fremdenfeindlichkeit der verlorenen Zehntausend, die diese Tage jeden Montag aufmarschieren. Kleinerts Waffen sind nicht politischer Natur. Kleinert schlägt die, die Rassismus hinter Politik verstecken, mit den schönsten Waffen: mit den Waffen einer Frau. Das gelöschte Bild ließ sie übrigens gleich noch einmal bei Facebook posten.

Das war auch ein Anschlag auf den Islam

magazin, 09.01.2015, Corinna Buschow, Katharina Rögner

Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) hat es als einer der ersten geahnt. Als der Wirtschaftsminister nach dem brutalen Anschlag auf die Redaktion des französischen Satire-Magazins "Charlie Hebdo" vor die Presse trat, warnte er vor einer Instrumentalisierung der Bluttat. Muslime dürften nicht pauschal als Islamisten oder gar Gewalttäter verurteilt werden: "Wir müssen auch die Religionsfreiheit in unserem Land verteidigen."

Nur wenig später meldete sich Vize-AfD-Sprecher Alexander Gauland zu Wort. Absichtlich undifferenziert wirft er Islamismus und Islam in einen Topf, sieht die "Pegida"-Demonstranten, die

inzwischen allwöchentlich mit ihren islam- und asylfeindlichen Forderungen auf die Straße gehen, bestätigt. Die Organisatoren ihrerseits rufen dazu auf, am nächsten Montag mit "Trauerflor" zu erscheinen. Und dass AfD-Sprecher Bernd Lucke und die sächsische AfD-Fraktionschefin Frauke Petry gleichzeitig sagen, der Islam sei eine friedliche Religion, verpufft daneben.

Die Stimmung gegen Muslime heizt sich auf. In der nächsten Woche tagt in Berlin die Deutsche Islamkonferenz. Es geht um die Frage nach Wohlfahrtspflege für Muslime, Anerkennung für eine Religionsgemeinschaft, die inzwischen selbstverständlich dazugehört. Gleichzeitig schüren nach dem Pariser Anschlag Rechtspopulisten noch stärker Stimmung gegen Muslime. "Natürlich ist der Anschlag Wasser auf die Mühlen von 'Pegida'", sagt der Sozialanthropologe Werner Schiffauer, Vorsitzender des Rats für Migration. Erst in dieser Woche forderte das Gremium eine umfassende Strategie gegen "Pegida".

Einschneidende Ereignisse, weiß Schiffauer, können den Blick auf eine Bevölkerungsgruppe nachhaltig prägen. Studien haben das bereits am Beispiel der Muslime vor und nach den Anschlägen am 11. September 2001 nachgewiesen. Islamistische Bluttaten verändern demnach regelmäßig den Blick auf die Muslime insgesamt. Als Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) am Donnerstag erklärte, der Pariser Anschlag sei auch ein Anschlag auf den Islam gewesen, hat er damit auch auf diese Weise Recht.

Die von "Pegida" neu geschürte, diffuse Angst vor dem Islam belegt auch eine Studie der Bertelsmann Stiftung. 57 Prozent der Bevölkerung sehen der repräsentativen Umfrage zufolge aktuell den Islam als Bedrohung, 2012 waren es 52 Prozent. 61 Prozent finden, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Die Mehrheit ist geprägt von Argwohn, und das obwohl – das zeigt die Studie auch – in Deutschland lebende Muslime in überwiegender Mehrheit die Grundwerte der Bundesrepublik bejahen und Vertreter der muslimischen Verbände Hasstaten regelmäßig verurteilen.

Solche Fakten wie auch die Tatsache, dass die geschätzt rund vier Millionen Muslime in Deutschland wohl kaum eine "Islamisierung" der 80-Millionen-Einwohner-Republik bedeuten, prallen ab an den "Pegida"-Mitläufern, die "Lügenpresse" skandieren. "Nicht Tatsachen, sondern Meinungen über Tatsachen bestimmen das Zusammenleben", zitierte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) bei einer Veranstaltung am Mittwochabend in Berlin den griechischen Philosophen Epiktet. Spitzenvertreter von CDU, SPD, Grünen und Linken warnen vor Pauschal-Urteilen.

Werner Schiffauer hofft indes, dass die Mehrheit dem "Pegida"-Populismus nicht auf den Leim geht. Der Blick auf Muslime sei inzwischen differenzierter, sagt er. Was Schiffauer fehlt, ist aber die Einsicht, dass islamistische Terrorakte nicht als etwas Fremdes abgetan werden dürften. In Frankreich stehen Männer unter Verdacht, die dort aufgewachsen sind. "Es ist also ein französisches Problem", sagt Schiffauer.

Auch in Deutschland müsse man sich fragen, wie es geschehen kann, dass sich Deutsche für den Dschihad radikalieren lassen. Und schließlich müsse man den Dialog mit ihnen suchen. "Wir brauchen die islamischen Gemeinden", sagt Schiffauer. "Wenn jemand an die Betroffenen rankommt, sind es die." "Pegida" verschlimmere nur, ist er überzeugt: "Islamophobie und Salafismus schaukeln sich gegenseitig hoch."

"Pegida" beantragt Gemeinnützigkeit bei Finanzamt

abendblatt, 10.01.2015

"Pegida" beantragt Gemeinnützigkeit bei Finanzamt

Die Initiatoren der islam- und asylkritischen Montags-Demonstrationen in Dresden bauen ihre lose "Pegida"-Gruppe offenbar zur festen Organisation mit eigenen Einnahmen auf. Derzeit prüfe das Dresdner Finanzamt den Antrag des "Pegida"-Vereins auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit, berichtete die "Berliner Zeitung" (Sonnabendausgabe). Da darüber rein formal entschieden werde, dürften Spenden an das fremdenfeindliche Bündnis demnächst von der Steuer absetzbar sein.

Die sogenannten "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida), die laut Zeitung auf ihrer Facebook-Seite bereits um Spenden bitten, könnten dann mit Geldzufluss von Tausenden Sympathisanten rechnen, schrieb die Zeitung. Der Staat würde diese Unterstützung durch das Steuerprivileg indirekt fördern.

Für "Pegida" wäre das nach der Vereinsgründung im November und dem Eintrag ins Dresdner Vereinsregister im Dezember ein weiterer Schritt von der spontanen Kundgebungsgruppe zur institutionalisierten Organisation. Das zuständige Registergericht Dresden erklärte der Zeitung gegenüber, dass die "formalen Mindestinhalte" zur Vereinsgründung durch die Satzung des "Pegida e.V." erfüllt seien.

Aus der Vereinsatzung geht laut Zeitung hervor, dass sich der Verein für "ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig" halte und die damit verbundene Steuerbegünstigung für seine Einnahmen und Spender anstrebe. Sein Zweck sei die "Förderung politischer Wahrnehmungsfähigkeit und politischen Verantwortungsbewusstseins". Die Mittel dafür seien Kultur- und Weiterbildungsveranstaltungen, Diskussionen sowie "Initiativen und Aufklärungsaktionen" und "Begegnungen der Bürger zum Gedankenaustausch".

Laut den Gründungsunterlagen und der Satzung fungiere als Vereinsvorsitzender der Dresdner Lutz Bachmann (41), der die ersten "Pegida"-Demonstrationen in Dresden im Oktober organisiert hatte. Seit der Enthüllung seiner Vorstrafen hatte er sich dem Bericht zufolge von der öffentlichen Führungsrolle zurückgezogen und bei einem Treffen mit Politikern der "Alternative für Deutschland" am Mittwoch nach AfD-Angaben betont, nicht mehr "Cheforganisator" von "Pegida" zu sein.

Zweiter Vereinsvorsitzender ist René Jahn (49) aus Dresden. Als Kassenwart fungiert Kathrin Oertel (36) aus der sächsischen Kleinstadt Coswig. Oertel ist inzwischen auch "Pegida"-Pressesprecherin und hat Bachmann auf der Bühne in Dresden als Hauptrednerin abgelöst.

Spenden absetzbar: Pegida e. V. beantragt Anerkennung der Gemeinnützigkeit

spiegel, 10.01.2015, smh/dpa

Die Veranstalter der islamfeindlichen Pegida-Demonstrationen in Dresden bauen ihre Gruppe nach einem Zeitungsbericht zur festen Organisation mit eigenen Einnahmen aus. Sie hätten beim Finanzamt die steuerliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit beantragt, berichtet die "Frankfurter Rundschau" in ihrer Samstagausgabe.

Das zuständige Registergericht habe auf Anfrage der Zeitung erklärt, dass die "formalen Mindestinhalte" zur Vereinsgründung durch die Satzung des Pegida e.V. erfüllt seien. Spenden an das Bündnis "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) dürften dann demnächst von der Steuer absetzbar sein.

Das ist vor allem vor dem Hintergrund brisant, dass selbst Bundeskanzlerin Merkel vor dem islamfeindlichen Bündnis warnt. Sie hatte in ihrer Neujahrsansprache ungewöhnlich deutlich vor "Hass und Kälte" bei vielen Teilnehmern der Demonstrationen gewarnt. Sie sagte über Pegida, ohne den Namen der Bewegung ausdrücklich zu nennen: "Heute rufen manche montags wieder 'Wir sind das Volk'. Aber tatsächlich meinen sie: Ihr gehört nicht dazu - wegen eurer Hautfarbe oder eurer Religion."

Vereinsvorsitzender ist vorbestraft

Dem Bericht zufolge war das zwölköpfige Veranstalter-Team im November 2014 zu einer formalen Vereinsgründung zusammengekommen. Das Team bestehe vor allem aus persönlichen Bekannten aus dem Dresdner Umfeld. Mitte Dezember habe der Verein als "Pegida e.V." den Eintrag ins Vereinsregister beantragt.

In den Gründungsunterlagen stehen dem Bericht zufolge als Vereinsvorsitzender der Dresdner Lutz Bachmann, als zweiter Vorsitzender der ebenfalls in Dresden wohnende René Jahn und als Kassenwart Kathrin Oertel aus der sächsischen Kleinstadt Coswig, die auch als Pegida-Pressesprecherin auftritt.

Vereinsvorsitzender Lutz Bachmann ist nach SPIEGEL-Informationen vorbestraft. Mit öffentlichen Auftritten hält er sich seit Bekanntwerden seiner kriminellen Vergangenheit zurück - wodurch Kathrin Oertel in den Vordergrund rückt. Dem Zeitungsbericht zufolge betonte Bachmann bei einem Treffen der rechtspopulistischen Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) am Mittwoch, dass er nicht mehr der "Cheforganisator" von Pegida sei - den Verein leite er aber gleichwohl.

Zweck des Vereins, der laut Satzung "ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig" wirkt, sei die Förderung politischer Wahrnehmungsfähigkeit und politischen Verantwortungsbewusstseins", so die Zeitung. Neben dem Aufbau eigener Finanzen bedeute die Vereinsgründung für Pegida, dass die Gruppe nun als "juristische Person" etwa gegen Presseberichte klagen kann, durch die sie ihre Rechte verletzt sieht.

Binnen weniger Wochen wuchs die Teilnehmerzahl an den Demonstrationen des islamfeindlichen Dresdner Bündnisses stark an. Zuletzt versammelten sich am vergangenen Montag mehr als 18.000 Menschen. (Lesen Sie hier den Faktencheck.) Auf den Kundgebungen wandten sich Redner nicht nur gegen radikalisierte Muslime, sondern gegen den Islam im Allgemeinen. So wurden etwa muslimische Bestattungsriten kritisiert. Aus dem Attentat auf die Redaktion der französischen satirischen Zeitschrift "Charlie Hebdo" am Mittwoch in Paris hatte Pegida bereits versucht, Profit zu ziehen.

Für Montag hat das rechtspopulistische Bündnis eine neue Demonstration angekündigt.

"Die Islamisierung ist voll im Gange"

deutschlandfunk, 10.01.2015, Martin Lenkeit im Gespräch mit Martin Zagatta

In Dresden sind vergangenen Montag 18.000 Anhänger von Pegida auf die Straße gegangen. Einer von ihnen ist Martin Lenkeit. Er ist keiner der Organisatoren, hat aber trotzdem im Deutschlandfunk

erläutert, warum er die Pegida-Kundgebungen unterstützt.

"Ich gehe für meine Enkel auf die Straße", sagte Lenkeit, der Mitglied der AfD ist. Er erklärt seine Teilnahme damit, dass er nicht möchte, dass es in Dresden eines Tages, Zitat "Zustände gibt wie in Berlin-Kreuzberg oder im Ruhrgebiet". Er begründet das mit einer "Islamisierung", die nach seinen Worten "voll im Gange" ist.

Zum Thema Ausländer sagte Lenkeit, dass er eine gute Nachbarschaft befürwortet. Er habe aber die Sorge, dass man nicht immer unterscheiden könne, wer hierher komme und sich gut integriere - und wer nicht.

Asylgesetze werden "sehr lax" gehandhabt

Lenkeit findet, dass die Asylgesetze in Deutschland "nur sehr lax" gehandhabt würden. Er beklagt, es gebe viele Asylbewerber, die eigentlich keine "richtigen" Asylbewerber seien - und auch nicht "zurückgeführt" würden. Dadurch würden in Deutschland Plätze für die "wirklichen" Asylbewerber besetzt.

Auf die Frage, ob es denn in Dresden im Straßenbild viele Muslime gebe, oder etwa Frauen mit Burka, entgegnete Lenkeit, so viele gebe es nicht. Aber man sehe doch zunehmend Frauen, die verschleiert seien, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie im Ruhrgebiet. Er selbst sei in Wuppertal und Solingen gewesen und habe dort beobachtet, "wie unsere Kultur aussehen könnte".

"Bin der NPD nicht zugetan"

Lenkeit betonte, er gehe auch nicht wegen des umstrittenen Pegida-Organisators Bachmann in Dresden auf die Straße, "sondern wegen der Probleme, die bei uns im Lande anstehen." Auch sei Bachmann nur einer von zwölf Organisatoren. Lenkeit gab auch an, dass er der NPD "nicht zugetan" sei. Aber bei tausenden Teilnehmern könne man kaum regeln, dass auch Leute mitgingen, die nicht gewollt seien. Auch sei die NPD noch nicht verboten.

Lenkeit hat sich nach eigener Darstellung über den früheren DDR-Bürgerrechtler Schorlemmer geärgert. Schorlemmer hatte die Verwendung des Slogans "Wir sind das Volk" bei den Pegida-Kundgebungen kritisiert. Lenkeit hat einen Brief an Schorlemmer geschrieben, aus dem er im Interview zitiert. Er schreibt, er habe bei den Protesten gegen das DDR-Regime 1989 sein Leben und das seiner Familie aufs Spiel gesetzt. Laut seiner Stasi-Akte habe er auch zu den Kandidaten für ein Internierungslager gezählt. Er lasse sich das Recht nicht nehmen, auch heute den Slogan "Wir sind das Volk" zu rufen.

Kontroverse Debatte über Pegida

Die Pegida-Kundgebungen haben in den vergangenen Wochen in Deutschland für eine lebhafte und kontroverse Debatte gesorgt. Strittig ist dabei vor allem die Frage, ob und wie ein Dialog mit Pegida möglich und sinnvoll wäre.

Bundeskanzlerin Angela Merkel etwa hat dazu aufgerufen, Pegida nicht zu folgen. Kritiker werfen der Bewegung und insbesondere ihren Organisatoren vor, Ängste zu schüren, etwa gegen Asylbewerber. Zuletzt hatten in mehreren deutschen Städten tausende Menschen gegen Pegida demonstriert, während zu den eigentlichen Pegida-Veranstaltungen nur wenige kamen. Allein in Dresden liegt die Zahl der Pegida-Anhänger bei den Kundgebungen deutlich über jener der Gegner.

Das Interview in voller Länge:

Martin Zagatta: Die von Islamisten verübten Morde in Frankreich, die können Experten zufolge dazu führen, dass die Pegida-Demonstration in Dresden am nächsten Montag weiteren Zulauf erhält. Woche für Woche gehen dort ja Tausende auf die Straßen und folgen dem Aufruf der Bewegung, die sich "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" nennt. Für Kritiker sind die Proteste eine Schande für Deutschland, andere setzen auf Dialog und raten, die Anliegen der Menschen nicht einfach abzutun, die da Woche für Woche auf die Straße gehen. Was genau treibt die Pegida-Anhänger um? Dieser Frage will ich jetzt nachgehen im Gespräch mit einem Teilnehmer an diesen Demonstrationen. Martin Lenkeit ist am Telefon, er lebt in Dresden, hat lange Zeit als Ingenieur für Kunststofftechnik gearbeitet. Schönen guten Morgen, Herr Lenkeit!

Martin Lenkeit: Guten Morgen, Herr Zagatta, guten Morgen, liebe Zuhörer!

Zagatta: Herr Lenkeit, zur Klarstellung für unsere Hörer: Sie gehören nicht zu den Organisatoren, Sie sind kein Sprecher der Pegida-Bewegung, aber Sie demonstrieren mit, Sie nehmen an diesen Protesten teil, und vorneweg sollte ich vielleicht auch noch sagen, dass wir in Kontakt gekommen sind mit Ihnen, weil Sie sich über eines unserer Interviews geärgert haben, in dem der frühere DDR-Bürgerrechtler Schorlemmer der Pegida-Bewegung verübelt hat, dass sie den Sprechchor der DDR-Revolution „Wir sind ein Volk“ benutzt. Sie ärgern sich deshalb, weil Sie als DDR-Bürger damals auch schon mit auf der Straße waren. Herr Linkheit, dazu kommen wir auch sicher gleich. Aber können Sie uns vielleicht doch zunächst einmal sagen: Was veranlasst Sie oder was hat Sie veranlasst, zu diesen Pegida-Demonstrationen, zu diesen Protesten zu gehen?

Lenkeit: Tja, zuerst ist es natürlich: Ich möchte gern für meine Enkel auf die Straße gehen, weil ich befürchte oder auch nicht möchte, dass es in Dresden Zustände gibt wie zum Beispiel in Berlin-Kreuzberg oder im Ruhrgebiet. Und es ist ja zu befürchten, dass durch die allgemeine Islamisierung solche Zustände auch in den Städten oder Orten möglich sind, also auch in Dresden, wo man früher sagte, das Tal der Ahnungslosen, dass also diese Probleme auch hier auftreten können.

Zagatta: Was meinen Sie mit allgemeiner Islamisierung?

Lenkeit: Ja, die Islamisierung als solche ist ja im Prinzip schon voll im Gange. Ich erinnere, es gibt zum Beispiel von der kirchlichen Nachrichtenagentur Idea einen Bericht, wo also das eindeutig dargelegt wird, dass also schon eine Islamisierung vonstatten gegangen ist oder vonstatten geht.

Zagatta: Also den Bericht kenne ich jetzt nicht, aber gibt es Ihnen zu viele Ausländer oder was meinen Sie damit?

Lenkeit: Nein, wir oder ich persönlich bin also der Meinung, dass wir etwas dafür tun sollten, dass diese Zustände nicht auch bei uns einkehren, dass wir zwar mit unseren Ausländern eine gute Nachbarschaft pflegen, aber natürlich nicht zu solchen Zuständen kommen, wie wir sie dort schon haben beziehungsweise wie sie auch in bestimmten Medien oder Berichten zum Beispiel von Herrn Heinz Buschkowsky beschrieben werden.

Zagatta: Was meinen Sie da genau? In Berlin gibt es ja diese Demonstrationen in diesem Ausmaß nicht, also die Leute dort scheint es nicht so zu stören, in Köln, da soll jeder zehnte schon Muslim sein und man lebt hier friedlich und ganz vielleicht locker auch miteinander zusammen.

Lenkeit: Ja, aber wir können ja nun nicht unterscheiden, wer zu uns kommt und wer sich gut integriert und wer nicht, und deswegen sollte also von vornherein auch die Politik dort bessere Möglichkeiten schaffen. Es ist ja bekannt, dass es in Deutschland kein Einwanderungsgesetz bisher gibt und die Asylgesetze nur sehr lax behandelt werden, sodass also, wir kennen die Situation, viele Asylbewerber, die es im Prinzip gar nicht sind, auch nicht wieder zurückgeführt werden und damit

Probleme entstehen, unter anderem auch dadurch, dass - ich sage es mal so - die Plätze besetzt sind für die wirklichen Asylbewerber.

Zagatta: Herr Lenkeit, was man sich ja immer wieder fragt, die Frage wird gestellt: Diese Demonstration ist ja besonders in Dresden so stark, sie hat dort auch ihren Ausgang genommen. Sie haben das von Anfang an, glaube ich, in Dresden miterlebt, Sie leben dort. Haben Sie in Dresden schon mal eine Frau in Burka gesehen, also gibt es da viele Ausländer?

Lenkeit: Ach, na so viele gibt es nicht, aber man sieht schon zunehmend Frauen verschleiert, aber das ist ja gerade unser Wunsch, dass das nicht in dem Ausmaße hier entsteht wie in anderen Städten oder wie im Ruhrgebiet. Ich selbst war schon im Ruhrgebiet und durfte dort in Wuppertal oder in Solingen sehen, wie unsere Kultur dann aussehen könnte.

Zagatta: Herr Lenkeit, wenn Sie da auf die Straße gehen - und das muss man ja zugestehen, das sind ja relativ friedliche Demonstrationen -, stört es Sie eigentlich nicht, dass dieser Protest oder dass diese Demonstrationen von jemand wie Lutz Bachmann organisiert werden, der ja mehrfach vorbestraft sein soll, etwa wegen Diebstahls oder schweren Einbrüchen? Stört Sie so was nicht?

Lenkeit: Nein, und zwar aus einem ganz einfachen Grunde: Ich gehe nicht wegen Herrn Bachmann auf die Straße, sondern wegen der Probleme, die bei uns im Lande anstehen. Ich müsste ja eigentlich auch noch mal klarstellen: Der Herr Bachmann ist nur einer von zwölf Leuten, die also diese Pegida-Demonstrationen organisieren. Die sind alle gleichberechtigt. Nur: Herr Bachmann war derjenige, der sich am Anfang getraut hat, vor Menschen zu reden und deswegen eher in das Rampenlicht geraten ist. Die andere Seite ist natürlich die: Er ist vorbestraft. Aber - und da muss ich in den Raum zurückwerfen eine Gegenfrage: Wie kann es sein, dass in München 12.000 Leute angeblich einem Konstantin Wecker, in Führungsstrichen, hinterhergelaufen sind, der wegen des gleichen Deliktes genauso vorbestraft ist? Also hier wird scheinbar mit zweierlei Maß gemessen.

Zagatta: Wegen Drogendelikte.

Lenkeit: Und auf der anderen Seite könnte man jetzt formulieren: Auf der einen Seite gibt es böse Verbrecher und auf der anderen Seite gibt es gute Verbrecher? So kann es ja wohl doch nicht sein.

Zagatta: Herr Linkheit, den Unterschied wollen wir nicht machen. Was ein bisschen jetzt auch so anklingt: Bei diesen Demonstrationen wird ja auch sehr viel Medienschele betrieben. Gehören Sie auch zu denen, die da „Lügenpresse!“ brüllen?

Lenkeit: Ich brülle erstens nicht mit, aber zum anderen ist es ja bekanntlicherweise so, Sie wissen selber: Kürzlich kam ein Bericht über das Vertrauen in die Berichterstattung bei politischen Ereignissen, es war ein Fernsehbericht. Dort ging es zwar hauptsächlich um die Ukraineberichterstattung, aber 63 Prozent der Zuschauer haben wenig oder gar kein Vertrauen mehr in die Medien. Ist das nicht erschreckend? Und deswegen ist dieses Wort "Lügenpresse" zwar nur eine Kurzformulierung, ein Ruf, aber es steckt weitaus mehr dahinter. Und da sollten sich mal alle Medien hinterfragen, ob sie noch dem Volke dienlich arbeiten.

Zagatta: Sie hören ja den Deutschlandfunk, also ich hoffe, Sie haben nicht diesen Eindruck, aber noch die Frage: Die NPD unterstützt ja die Pegida. Müssten Sie da nicht auf die Distanz gehen? Oder hegen Sie persönlich Sympathien da für rechtsextreme Parteien?

Lenkeit: Das ist genauso wieder eine Frage. Also ich persönlich hege überhaupt keine, na, wie soll man sagen, ... bin der NPD überhaupt nicht zugetan. Auf der anderen Seite ist es ja so: Wie wollen Sie regeln, dass bei 20.000 Teilnehmern an so einer Demonstration auch Leute dabei sind, die nicht

gewollt sind oder eigentlich auch nicht dazugehören? Das können Sie gar nicht regeln und es ist ja auch eine Frage der Demokratie. Wie wollen wir diesen Leuten - auch die NPD ist noch nicht verboten - verwehren, an solchen Demonstrationen teilzunehmen? Das können Sie ganz einfach nicht, und das ist logistisch oder sonstwie nicht zu regulieren. Und demzufolge erübrigt sich eigentlich so eine Frage mittlerweile.

Zagatta: Herr Lenkeit, in Kontakt gekommen sind wir ja, weil Sie sich geärgert haben über ein Interview, dass ich hier auch mit dem Bürgerrechtler Schorlemmer geführt habe. Da ging es um "Wir sind das Volk!". Können Sie denn nicht nachvollziehen, dass Bürgerrechtler - er ist ja nicht alleine - wie Schorlemmer sich da maßlos ärgern, dass Sie den Slogan der DDR-Revolution 1989 jetzt für sich benutzen oder dass der bei diesen Pegida-Demonstrationen benutzt wird?

Lenkeit: Darf ich Ihnen an der Stelle einen kurzen Abschnitt vorlesen aus meinem Schreiben an den Herrn Schorlemmer?

Zagatta: Ganz kurz bitte, weil die Zeit drängt schon ein bisschen.

Lenkeit: Ja, ja, gut. "Herr Dr. Schorlemmer, wer sind Sie eigentlich, dass Sie so abwertend über Menschen urteilen dürfen? Sind Sie Pfarrer? Ich habe 1989 bei den Auseinandersetzungen, beginnend am 4. Oktober, mein Leben und das meiner Familie riskiert, und das jeden Tag, später dann jeden Montag."

Zagatta: Also Sie waren damals auch schon bei diesen Demonstrationen dabei?

Lenkeit: Ja, ja, und zwar an vorderster Front. "Laut meiner Stasi-Akte gehörte ich auch zu den Auserwählten für ein Internierungslager. Erst waren wir nur ein paar Hundert, und dann auch mehrere Tausend, und wir relativ Wenigen haben gerufen: 'Wir sind das Volk!', und die anderen 450.000 bis 500.000 Dresdner sind lieber zu Hause geblieben und haben sich dann später dazugetan, als es ungefährlich wurde. Auch deshalb nehme ich für mich heute in Anspruch, 'Wir sind das Volk!' zu rufen, und das lasse ich mir von niemandem verbieten, auch von Ihnen nicht."

Zagatta: Herr Lenkeit, Botschaft ist angekommen. Eins wollte ich Sie jetzt noch fragen: Am nächsten Montag, da sollen bei dieser Pegida-Demonstration Trauerbinden auch für die ermordeten Journalisten in Paris getragen werden. Passt das zusammen, da Trauerbinden zu tragen? Viele in Ihrer Menge, Sie wohl nicht, aber viele in Ihrer Menge tragen dann Trauerbinden für Journalisten und rufen gleichzeitig "Lügenpresse"?

Lenkeit: Erstens mal ist es jedem seine persönliche Sache, ob er eine Trauerbinde anlegt und ob er "Lügenpresse" ruft. Zum anderen ist es also so: Ich darf Sie hier wieder darauf hinweisen, dass es von Pegida zu den Anschlägen in Paris eine kurze Stellungnahme gibt, aus der hervorgeht, dass das zwar möglicherweise zu einem Zulauf führen könnte, aber auf der anderen Seite sich Pegida davon nicht vereinnahmen lassen will, sondern weiterhin ihren Abendspaziergang in ruhiger und in Trauer und Demut geführter Atmosphäre absolvieren will und an die Opfer und die Leute denken möchte, die davon betroffen sind. Wir werden also am Montag wieder spazieren gehen, und zwar schweigend und mit einem Trauerflor, übrigens schweigend geht Pegida immer.

Zagatta: Martin Lenkeit, einer der Pegida-Anhänger in Dresden, der uns heute Morgen einmal geschildert hat, wie er denkt, was ihn dazu bewegt, an diesen umstrittenen Protesten teilzunehmen. Herr Lenkeit, ich danke Ihnen ganz herzlich dafür!

Lenkeit: Bitteschön!

Keine Bedrohung durch "Islamisierung"

morgenpost, 10.01.2015, dpa

Bernd Lucke, Parteichef der Alternative für Deutschland (AfD), sieht Deutschland nicht durch eine «Islamisierung» bedroht. Dennoch müsse die Zuwanderung stärker kontrolliert werden, sagte Lucke.

«Wir haben zum Teil erhebliche Einwanderung aus muslimischen Ländern und mit dieser Einwanderung verknüpfen sich viele Probleme», so Lucke am Samstag beim Bundeskongress der AfD-Jugendorganisation «Junge Alternative» (JA) in Bottrop. Er warf Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) «Verlogenheit und Scheinheiligkeit» in der Zuwanderungspolitik vor - 2005 habe sie noch die gleiche Position wie die AfD vertreten.

Imame in deutschen Moscheen sollten sich nach den Vorstellungen von Lucke der Verfassung verpflichten: «Ich bin dafür, dass alle, die in muslimischen Gemeinden predigen, eine Verpflichtung auf das Grundgesetz und seine Werte unterschreiben sollten». «Dazu zählen der Gewaltverzicht, die Rechte der Frauen und der Respekt vor anderen Religionsgemeinschaften. Jemand, der diese Regeln nicht respektieren will, hat alle Freiheiten, das Land auch wieder zu verlassen.», so Lucke in einem Gespräch mit der «Rhein-Zeitung».

Zur islamfeindlichen Pegida-Bewegung sagte Lucke: «Pegida ist zunächst mal ein lokales Phänomen in Dresden, bei dem Bürger eine Vielzahl von unterschiedlichen Problemen der Integration, des Werteverlusts von Migranten auch aus muslimischen Familien, des Umgangs mit einer fremden Religionsgemeinschaft in dem Begriff Islamisierung zusammenfassen und darauf aufmerksam machen, dass sie sich damit unwohl fühlen und hier Ängste haben. Das ist legitim, solange man das in dem Bewusstsein tut, dass wir in Deutschland, also in dem Abendland, das dort verteidigt werden soll, Toleranz und Religionsfreiheit als ganz zentrale Werte haben.» Er grenze sich von Rassismus, Ausländer-, Fremden- und Islamfeindlichkeit ab, so Lucke auf die Frage, ob er sich von Pegida abgrenze.

Gegen Pegida: Zehntausende Tolerante in Dresden

spiegel, 10.01.2015, anr/Reuters/AFP/dpa

Dresden kann nur Pegida? Von wegen - an diesem Samstag zogen rund 35.000 Menschen für Toleranz und Mitmenschlichkeit vor die Frauenkirche. "Wir lassen uns durch Hass nicht spalten", sagte Oberbürgermeisterin Orosz von der CDU.

Zehntausende haben in Dresden ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und die Pegida-Bewegung gesetzt. Vor der Frauenkirche versammelten sich nach Angaben der sächsischen Landesregierung rund 35.000 Menschen zu einer Kundgebung für Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit.

Zu der Demonstration aufgerufen hatten Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich und Oberbürgermeisterin Helma Orosz (beide CDU). Kirchen, Verbände und Kulturinitiativen unterstützen sie. Die Kundgebung begann vor dem Hintergrund der Anschläge in Paris mit einer Schweigeminute zum Gedenken an alle Opfer terroristischer Gewalt. Oberbürgermeisterin Orosz sagte: "Wir lassen uns durch Hass nicht spalten." "Ich bin nicht

gekommen, weil ich gegen Menschen bin, die zu Pegida gehen, sondern weil ich keine Angst vor Menschen habe, die eine andere Hautfarbe, Sitten oder Gebräuche haben", sagte Orosz in ihrer Begrüßungsrede. Sie hob hervor, Dresden sei "mehr als ein Ort, wo Menschen aus Angst vor anderen Religionen und Werten Woche für Woche auf die Straße gehen".

Schlagersänger Kaiser kritisiert "inhumane Flüchtlingspolitik"

"Die Landeshauptstadt Dresden und der Freistaat Sachsen sind seit Jahrhunderten weltoffen", hieß es in dem Aufruf zu der Kundgebung. Die Erfolgsgeschichte Sachsens sei nur möglich geworden, weil die Menschen von hier und aus allen Teilen der Welt "Hand in Hand daran gearbeitet haben". Auf Plakaten der Demonstranten stand: "Jeder lacht in derselben Sprache" und "Deutschland ist für alle".

Die Bilder und Nachrichten der vergangenen Wochen aus Dresden "spiegeln nicht das Bild einer Stadt wider, wie ich sie kennengelernt habe", sagte bei der Demonstration der Schlagersänger Roland Kaiser, der wiederholt große Konzerte am Dresdner Elbufer gegeben hatte. "Die Zeit der Sündenböcke sollte der Vergangenheit angehören", wandte er sich gegen islamfeindliche Parolen von Pegida. Der Sänger kritisierte auch eine "inhumane Flüchtlingspolitik".

Zuletzt nahmen an den Pegida-Demonstrationen nach Schätzungen der Polizei rund 18.000 Menschen teil. Zahlreiche Politiker haben die Pegida-Kundgebungen scharf kritisiert. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte am Samstag in Hamburg, die Aufforderung in ihrer Neujahrsansprache, sich den Pegida-Demonstrationen nicht anzuschließen, habe weiter Gültigkeit.

Pegida will gemeinnütziger Verein werden

Nach einem Bericht der "Frankfurter Rundschau" bauen die Pegida-Veranstalter ihre Gruppe zur festen Organisation mit eigenen Einnahmen aus. Sie hätten beim Finanzamt die steuerliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit beantragt, so die Zeitung.

Das zuständige Registergericht habe auf Anfrage der Zeitung erklärt, dass die "formalen Mindestinhalte" zur Vereinsgründung durch die Satzung des Pegida e.V. erfüllt seien. Spenden an das Bündnis "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) dürften dann demnächst von der Steuer absetzbar sein.

Dem Bericht zufolge war das zwölfköpfige Veranstalter-Team im November 2014 zu einer formalen Vereinsgründung zusammengelassen. Das Team bestehe vor allem aus persönlichen Bekannten aus dem Dresdner Umfeld. Mitte Dezember habe der Verein als Pegida e.V. den Eintrag ins Vereinsregister beantragt.

In den Gründungsunterlagen stehen dem Bericht zufolge als Vereinsvorsitzender der Dresdner Lutz Bachmann, als zweiter Vorsitzender der ebenfalls in Dresden wohnende René Jahn und als Kassenwart Kathrin Oertel aus der sächsischen Kleinstadt Coswig, die auch als Pegida-Pressesprecherin auftritt.

Vereinsvorsitzender Lutz Bachmann ist nach SPIEGEL-Informationen vorbestraft. Mit öffentlichen Auftritten hält er sich seit Bekanntwerden seiner kriminellen Vergangenheit zurück - wodurch Kathrin Oertel in den Vordergrund rückt. Dem Zeitungsbericht zufolge betonte Bachmann bei einem Treffen der rechtspopulistischen Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) am Mittwoch, dass er nicht mehr der "Cheforganisator" von Pegida sei - den Verein leite er aber gleichwohl.

Zweck des Vereins, der laut Satzung "ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig" wirkt, sei die Förderung politischer Wahrnehmungsfähigkeit und politischen Verantwortungsbewusstseins", so die

Zeitung. Neben dem Aufbau eigener Finanzen bedeute die Vereinsgründung für Pegida, dass die Gruppe nun als "juristische Person" etwa gegen Presseberichte klagen kann, durch die sie ihre Rechte verletzt sieht.

09.01.2015 bis 10.01.2015, regional

Zeichen für Weltoffenheit in Dresden geplant – Bands veröffentlichen "NoPegida-"Song

DNN, 09.10.2015, dbr

Gemeinsam will Dresden am Samstag ein Zeichen für Weltoffenheit zeigen. Die Pegida-Demonstrationen sollen in den Hintergrund rücken. Eine offizielle Demonstration stellt der Freistaat Sachsen und Stadt Dresden somit erst kurz vor der zwölften Pegida-Demonstration auf die Beine. Mit dabei sind Schlagersänger Roland Kaiser und die Dresdner Bands Yellow Umbrella und Rany und Band, wie die Staatskanzlei am Freitag mitteilte.

Letztere veröffentlichten jetzt einen eigenen Song, der sich inhaltlich mit der Pegida-Bewegung beschäftigt. Darin singen die Künstler unter anderem „Euch reitet Angst, Ignoranz und simpler Futterneid“ und weiter „Ihr habt schon recht, ihr seid das Volk. Und das ist das Problem. Wenn ich mal wieder im Westen spiele, muss ich mich für euch schämen.“ In der Bilanz heißt es „Euer ganzer Hass vergiftet unser Klima.“

Roland Kaiser kommt

Auch der Schlagersänger Roland Kaiser, der in Dresden bei der Kaisermania jährlich zehntausende Fans begeistert, tritt bei der Kundgebung „Für Dresden, für Sachsen - für Weltoffenheit, Mitmenschlichkeit und Dialog im Miteinander“ auf. Er werde direkt nach Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) sprechen, kündigte die Staatskanzlei an. Die Veranstaltung vor der Frauenkirche beginnt um 14. 30 Uhr.

Den Aufruf zur Kundgebung unterstützen unter anderem Dresdner Sportvereine, der Arbeiter-Samariter-Bund Sachsen und die international agierende Hilfsorganisation Arche Nova aus Dresden. Der Arche-Nova-Vorsitzende Sven Seifert sagte: „Wir wünschen uns eine große Beteiligung an der morgigen Kundgebung vor der Frauenkirche als Zeichen für Vielfalt und Weltoffenheit.“ Dies gelte um so mehr, als dass die Pegida-Bewegung versuche, den grausamen Anschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo in Paris als Bestätigung von Ressentiments gegenüber Flüchtlingen und dem Islam zu missbrauchen. Seifert forderte zudem eine sachliche Diskussion über Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik. Während im Libanon beispielsweise jeder fünfte ein Flüchtling ist, sei es in Dresden nur jeder 250. „Wer über Flüchtlingspolitik diskutieren möchte, muss komplexe globale Zusammenhänge berücksichtigen.“

Stellvertretender Ministerpräsident Martin Dulig: "Enormer Schaden für Dresden"

Sachsens stellvertretender Ministerpräsident Martin Dulig (SPD) räumte unterdessen in einem Interview mit dem Radiosender Radioeins des RBB einige Fehler im Umgang mit Pegida ein. Die Dresdner hätten der Bewegung zu lange zu wenig entgegengesetzt. „Es wäre notwendig gewesen vor allem, dass die Bürgerinnen und Bürger aus Dresden selber mit aufstehen, dass diejenigen, die in der schweigenden Mehrheit sich immer weggeduckt haben, die gesagt haben, „es ist eigentlich schlimm, was hier passiert“, selber aufgestanden wären“, sagte er auf die Frage, warum die Staatsregierung erst jetzt zu einer Kundgebung aufrufe. „Wir haben aber auch festgestellt, dass der Schaden, der entstanden ist - durch dieses Bild, was von Dresden ausgeht - so enorm groß geworden ist, dass wir jetzt handeln müssen“, erklärte Dulig.

Auch das Bündnis „Dresden für alle“ unterstützt die gemeinsame Demonstration vor der Frauenkirche. „Wir sind froh, dass Oberbürgermeisterin Orosz und Ministerpräsident Tillich am

Samstag ein Zeichen für Weltoffenheit und Menschlichkeit setzen wollen. Gleichzeitig gehen sie damit aus unserer Perspektive auch die Verpflichtung ein, ihre Politik daran auszurichten“, so das Bündnis via Facebook.

Bündnis „Dresden Nazifrei“ lehnt Kundgebung ab

Das Bündnis „Dresden Nazifrei“ hat eine Beteiligung an der Demonstration hingegen abgelehnt. Das Bündnis will nach eigenen Angaben lieber in Bautzen gegen eine angekündigte Nazi-Demonstration protestieren, anstatt an der Dresdner Kundgebung für Weltoffenheit und Dialog teilzunehmen. Das Bündnis wählt einen eigenen Weg, hatte jedoch eine Einladung zu der Veranstaltung erhalten, wie es auf der eigenen Homepage mitteilt. Die geplante Veranstaltung sei ein scheinheiliges Symbol, führt Sprecher Silvio Lang in einem Schreiben aus. „Wenn die Dresdner Oberbürgermeisterin glaubhaft etwas gegen Pegida tun will, erwarten wir sie an den kommenden Montagen auf der Straße in erster Reihe“, so das Bündnis weiter. Das Bündnis hält Abstand und verweigert das gemeinsame Signal, das am Samstag von Dresden ausgehen kann.

Die größte Demonstration für Weltoffenheit hatte sich bislang am 9. Dezember 2014 parallel zu einer Pegida-Demo organisiert. Damals zogen Dresdner Parteien, Verbände und Organisationen in einem Sternmarsch zum Dresdner Rathaus. Rund 9000 Menschen hatten sich an der Aktion beteiligt, darunter Helma Orosz und das Bündnis „Dresden Nazifrei“. Danach kamen deutlich weniger Menschen zu den Demonstrationen, während die Pegida-Demonstrationen in Dresden weiterhin Zulauf erhielten.

Roland Kaiser spricht auf Kundgebung

sz-online, 09.01.2015, sz

Dem Aufruf von Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) und Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) zur Kundgebung am Sonnabend folgen verschiedenste Institutionen und Künstler.

Unter anderem soll Schlagerstar Roland Kaiser auf der 15 Uhr beginnenden Veranstaltung vor der Frauenkirche sprechen. Nach Angaben der Staatskanzlei wird Kaiser vor der Frauenkirche direkt nach OB Orosz (CDU) das Wort ergreifen. Kaiser hat in Dresden viele Fans. Zur jährlichen Show „Kaisermania“ strömten vergangenes Jahr mehr als 40 000 Zuschauer.

Weitere Redner bei der Kundgebung unter dem Motto „Für Dresden, für Sachsen - für Weltoffenheit, Mitmenschlichkeit und Dialog im Miteinander“ sind neben Kaiser und Orosz auch Ministerpräsident Tillich auch Viola Klein vom Vorstand der Saxonia Systems AG, GlobalFoundries-Betriebsratsvorsitzender Ralf Adam und Christian Behr, Superintendent im Kirchenbezirk Dresden. Für Musik sorgen die Bands „Yellow Umbrella“ und „Rany & Band“.

Die evangelische und die katholische Kirche rufen ihre Mitglieder zur Teilnahme auf, ebenso wie die Gewerkschaft Verdi. Und auch große Sportvereine begrüßen die Initiative für eine weltoffene Stadt.

In Rathauskreisen wird mit bis zu 20 000 Teilnehmern gerechnet. Allerdings sehen die Wetterprognosen düster aus. Demnach gibt es vermutlich heftige Windböen und Niederschläge.

Dresden setzt ein Zeichen

sz-online, 10.01.2015, szo/dpa

Zehntausende strömen in Dresden vor die Frauenkirche. Sie wollen ein Zeichen setzen gegen die wöchentlichen Pegida-Aufmärsche. Und der Welt ein anderes Bild der sächsischen Landeshauptstadt zeigen.

Zehntausende Menschen haben am Sonnabend in Dresden für Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit demonstriert - und damit ein Signal gesetzt gegen die Pegida-Kundgebungen in der Stadt. Die sächsische Staatskanzlei sprach von rund 35 000 Teilnehmern der Kundgebung vor der symbolträchtigen Frauenkirche. „Wir lassen uns durch Hass nicht spalten“, erklärte Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU), die zusammen mit Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) zu der Aktion aufgerufen hatte (die Rede der Oberbürgermeisterin im Wortlaut).

Die Pegida-Demonstrationen hätten weltweit für Aufsehen gesorgt, erklärte Ministerpräsident Tillich. Von den 35 000 Menschen gehe nun eine eindeutige Botschaft aus: „Wir sind freiheitsliebend und demokratisch, weltoffen und tolerant, mitmenschlich und solidarisch.“ Tillich verwies darauf, dass es Grenzen des politischen Anstands gebe: „Wer gegen alles Fremde polemisiert und Ängste gegen Ausländer, Flüchtlinge und Asylsuchende schürt, mit dem lässt sich nicht sachlich reden.“ Der Regierungschef machte zudem mit Blick auf die jüngsten Terroranschläge in Paris deutlich, dass es „null Toleranz gegenüber politischen und religiösen Extremisten und Gewalt“ gebe.

Superintendent Christian Behr sagte, dass er froh wäre, wenn es in Dresden die Prozesse gegen Pfarrer König und Tim H. nie gegeben hätte. Zudem forderte er einen Winterabschiebestopp für Asylbewerber.

Kirchen, Verbände, Vereine, Initiativen und Gewerkschaften hatten die Kundgebung gegen Pegida unterstützt und zur Teilnahme aufgerufen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), der seinen Wahlkreis in Sachsen hat, verfolgte das Geschehen hinter der Bühne, Schlagerstar Roland Kaiser hielt eine Rede. „Extremistisches Gedankengut lehne ich ab. Die Zeiten der Sündenböcke sind vorbei, das hat uns die Geschichte gelehrt“, sagte der Sänger unter dem Beifall der Menschen.

Gysi: Pegida-Zulauf auch wegen ostdeutscher Mentalität

DNN, 10.01.2015, dpa

Der Zulauf für die islamfeindliche Pegida-Bewegung in Sachsen hat nach Einschätzung von Linke-Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi auch mit der ostdeutschen Mentalität zu tun.

Dies sei zumindest bei den Älteren der Fall, sagte Gysi auf eine entsprechende Frage des «Tagesspiegels». «Dort lebte man ja in einer eingeschlossenen Gesellschaft, kannte die Welt nur aus dem Fernsehen. Von einem Tag auf den anderen wurden diese DDR-Bürger dann nicht nur zu Deutschen, sondern gleich noch zu Europäern und Weltbürgern.» Gleichzeitig hätten sie erlebt, «wie sich in ihrer Umgebung alles verfremdete, weil andere Kulturen, andere Menschen Einfluss bekamen. So entstanden Überforderungssituationen».

Die Politik habe zu wenig getan, um Ängste vor dem Islam abzubauen oder gar nicht entstehen zu lassen, sagte Gysi, der in seine Kritik ausdrücklich sich selbst und seine Partei einbezog. «Wo Bürger mit Menschen islamischen Glaubens zusammenleben, gibt es diese Ängste ja auch kaum, sie sind eher abstrakt und beeinflusst durch Berichte über islamistische Gewalt aus anderen Ländern.»

Nötig sei jetzt «eine groß angelegte Aufklärungskampagne».

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hält angesichts der Pegida-Demonstrationen von der CSU eine schärfere Auseinandersetzung der Union mit linken Positionen für nötig. Den Pegida-Demonstranten gehe es vor allem um Angst «vor ungebremster Zuwanderung, um eine Uminterpretation des Leistungsgedankens, eine Verfälschung des Eigentumsbegriffs und eine einseitigen Gerechtigkeitsdiskussion», sagte Dobrindt dem «Münchener Merkur». «Das sind genau die Themen, die die linken Gruppen offensiv betreiben. Mit ihnen sollten wir eine harte Auseinandersetzung führen.»

Dobrindt räumte ein, dass bei Pegida «eine Reihe von radikalen Dumpfbacken» aktiv sei, und sagte: «Wir grenzen uns klar von den Rädelsführern ab. Aber wir müssen schon ernst nehmen, wenn Tausende auf die Straße gehen. Das darf kein Widerspruch sein.» Er unterstütze auch nicht alles, was Teile der Gegendemonstranten erzählten.

Merkel kritisiert indirekt Pegida

sz-online, 10.01.2015, dpa

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat indirekt die islamfeindliche Pegida-Bewegung kritisiert. „Wo Hass und Vorurteile zu Hause sind, da werden wir auch keine guten Lösungen für uns alle finden“, sagte Merkel in ihrem am Samstag veröffentlichten Video-Podcast. „Deshalb ist es wichtig, dass jeder sich zu den Grundwerten unseres Landes bekennt, und dazu gehört zum Beispiel auch das Recht auf Asyl für verfolgte Menschen“. Deutschland könne sich nicht gegenüber Konflikten abschotten, „die in unserer Nachbarschaft oder gar nicht so weit weg stattfinden“, fügte Merkel mit Blick auf den Bürgerkrieg in Syrien und den IS-Terror hinzu.

Die Kanzlerin erwähnte nicht explizit die Pegida-Bewegung, die seit Wochen in Dresden Demonstrationen gegen eine angebliche „Überfremdung“ Deutschlands organisiert und immer mehr Zulauf hat. Im Kontext des Interviews wird aber klar, das sie sich darauf bezieht. In ihrer Neujahrsansprache hatte Merkel dazu aufgerufen, sich den Demonstrationen nicht anzuschließen - ebenfalls ohne die selbst ernannten „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ausdrücklich zu nennen. Die Organisatoren hätten oft „Kälte, ja sogar Hass“ in ihren Herzen, sagte Merkel.

Friedliche Demo in Bautzen

sz-online, 10.01.2015, szo

Bautzen zeigte am Sonnabendnachmittag als tolerante und weltoffene Stadt. Hunderte Bürger zogen friedlich durch die Innenstadt bis vor das Bautzener Museum. Familien, Vertreter von Bürgervereinigungen und Parteien setzten ein Zeichen gegen Ausländerhass und ein friedliches Miteinander. Auf Plakaten brachten sie ihre Meinung zum Ausdruck. Aufgerufen zur Demonstration hatte das Bündnis Bautzen bleibt. Vor dem Museum sprach OB Christian Schramm zu den Teilnehmern der Kundgebung.

„Die Demonstration ist friedlich verlaufen. Wir sind zufrieden“, erklärt Polizeisprecher Knaup.

Dresden setzt Zeichen für Weltoffenheit - 35.000 Menschen bei Kundgebung gegen Pegida

DNN, 11.01.2015, dbr/dpa

Tausende Menschen haben am Samstag vor der Dresdner Frauenkirche für Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit demonstriert. Die sächsische Staatskanzlei sprach von rund 35 000 Teilnehmern der Kundgebung. „Wir lassen uns durch Hass nicht spalten“, erklärte Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) zu Beginn der Veranstaltung. Die Menschen füllten den Neumarkt, standen gedrängt bis zum Verkehrsmuseum und dem Kulturpalast.

„Wir müssen heute und hier zusammenstehen. Nicht gegen irgendetwas oder irgendjemanden. Nicht als Protest und nicht als Widerstand. Wir stehen hier zusammen für Dresden, für Sachsen und für alle, die hier leben. Für Menschen egal, ob sie hier in Deutschland, Europa, Afrika oder Asien geboren wurden. Egal, ob sie Christen, Juden, Hindus oder Muslime sind. Wir lassen uns durch Hass nicht spalten“, so die Oberbürgermeisterin der Stadt. Dresden sei mehr als der Ort, in dem Menschen aus Angst vor anderen Religionen und anderen Werten Woche für Woche auf die Straße gehen.

Die Politik sei aufgefordert sich zu einer klaren Haltung in der Ein- und Zuwanderungspolitik zu bekennen. "Aber – und dies ist ein sehr großes Aber – dies ist keine ausschließliche Aufgabe von einer angeblichen Klasse von Politikern in deutschen Villen und Amtsstuben. Politik, das sind wir alle – jede Bürgerin und jeder Bürger", so Orosz. Politik heiße entsprechend, wählen zu gehen und an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Politik sei deshalb der Prozess des Dialogs, der in Dresden geboten sei und an dem sich jeder persönlich beteiligen könne.

Roland Kaiser fordert Dresdner zu Engagement für Weltoffenheit auf

Auch Schlagersänger Roland Kaiser, eng verbunden mit Dresden, stand auf der Bühne und ergriff das Mikrophon. "Die Bilder der vergangenen Wochen die aus Dresden in die Welt gehen, spiegeln nicht das Bild der Stadt wieder, wie ich sie über viele Jahre kennen lernen durfte", so Kaiser, der regelmäßig in Dresden die Konzertreihe Kaisermania veranstaltet. "Ich stehe heute hier, um meinen Standpunkt zu vertreten, dass kulturelle und ethnische Vielfalt auch eine Chance in sich birgt", sagte Kaiser und setzte sich unter anderem für eine humanere Flüchtlingspolitik ein. Er dankte den Zuhörern für Kommen, die damit ein Zeichen der Zusammengehörigkeit setzten. „Wir können die vergangenen Wochen nicht zurückdrehen“, erklärte er. „Aber wir können heute damit anfangen, ein Zeichen zu setzen für Weltoffenheit und Toleranz.“

Der Sprecher des Islamischen Zentrums Dresden, Khaldun Al Saadi, warb für eine Toleranz der Religionen und sprach über die alltäglichen Probleme, mit der Muslime in Sachsen konfrontiert seien. "Es ist nicht in Worte zu fassen, wenn die eigene Mutter - eine gebürtige Sächsin - Opfer von Hass und Abscheu wird." Ständig lebe man als Muslim in der Defensive, nur um sich und seine Religion erklären zu müssen, so Al Saadi. Zuvor hatte das Islamische Zentrum Dresden für ein Miteinander der Dresdner appelliert und den Terrorakt in Paris verurteilt.

Die Rede von Khaldun Al Saadi im Wortlaut.

Tillich: Null Toleranz gegenüber politischen und religiösen Extremisten

Die Pegida -Demonstrationen hätten weltweit für Aufsehen gesorgt, erklärte Ministerpräsident Tillich in seiner Rede. Von den 35.000 Menschen gehe nun eine eindeutige Botschaft aus: „Wir sind freiheitsliebend und demokratisch, weltoffen und tolerant, mitmenschlich und solidarisch.“ Tillich verwies darauf, dass es Grenzen des politischen Anstands gebe: „Wer gegen alles Fremde

polemisiert und Ängste gegen Ausländer, Flüchtlinge und Asylsuchende schürt, mit dem lässt sich nicht sachlich reden.“ Der Regierungschef machte zudem mit Blick auf die jüngsten Terroranschläge in Paris deutlich, dass es „null Toleranz gegenüber politischen und religiösen Extremisten und Gewalt“ gebe.

Als Reaktion auf die wöchentlichen Pegida-Demonstrationen in der Landeshauptstadt hatte Orosz gemeinsam mit Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) zu der Aktion aufgerufen. Trotz des stürmischen Wetters war der Platz vor der Frauenkirche gefüllt. Kirchen, Verbände, Kulturinitiativen und Vereine unterstützten die Kundgebung für Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit.
